

## Der Klimawandel kommt

Auf der Website <http://flood.firetree.net> gibt es eine Karte der Erde mit einem Schieberegler, mit dem man die Höhe des Meeresspiegels einstellen kann. Stellt man die Schieberegler auf + 5 Meter, dann sind die Niederlande und die westliche Hälfte von Schleswig-Holstein unter dem Meeresspiegel verschwunden.



Die Bildzeitung zeigt eine untergehende Erde in voller Größe ihrer Titelseite; selbst Peter Harry Carstensen erwägt ein Tempo-Limit. Und die Grünen? Was ist unsere Rolle? Ich denke, da bleibt nur eines: Wenn alle die Katastrophe prophezeien, dann sollten wir die Hoffnungsträger und Ideengeber bleiben.

Im Januar hat die Landtagsfraktion die Veranstaltung „100 Prozent“ durchgeführt. Hochkarätige Referenten rechneten vor, wie Europa zu 100 Prozent regenerativ versorgt werden kann - bei einem Endabnehmerpreis von 4,6 Cent pro Kilowattstunde.

Die regenerativen Energien Wind, Sonne, Wasserkraft, Geothermie und Biomasse haben genügend Energie um 100 Europas zu versorgen.

Es geht auch nicht mehr um die Frage: Können wir uns das leisten? Der Bericht von Sir Nicholas Stern, ehemaliger Chefökonom der Weltbank, über die wirtschaftlichen Folgen der Klimapolitik hat deutlich gemacht, dass ein energisches Umsteuern in der Klimapolitik nicht nur notwendig, sondern ökonomisch absolut sinnvoll ist. Es geht nur noch um die Frage: Wie schaffen wir es gegen die Beharrungskräfte von Konzernen mit Milliarden-Umsätzen Mehrheiten für eine engagierte Klimapolitik zu organisieren? Dazu hat die Landtagsfraktion der Landesregierung Hausaufgaben aufgegeben: Siehe Seite 7.

Karl-Martin Hentschel  
Fraktionsvorsitzender

## Private Finanzierung öffentlicher Aufgaben?

Von Monika Heinold

Der Landtag will „Öffentlich-Private Partnerschaften“ (ÖPP) per Gesetz regeln. Für manche ist die Finanzierung staatlicher Aufgaben durch Private der Königsweg, um große Investitionen – trotz Ebbe in den öffentlichen Kassen – umzusetzen. Andere befürchten, dass es insgesamt teurer wird und dass Finanzlasten in die Zukunft verschoben werden.

Die Grüne Landtagsfraktion hat sich entschlossen, einem ÖPP-Gesetz zuzustimmen, wenn folgende Spielregeln festgeschrieben werden: Vor der Zustimmung für ein ÖPP-



Tunnelbaumaßnahmen werden oft als ÖPP geplant

Vorhaben müssen Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen durchgeführt und es muss geprüft werden, ob dieses Projekt auch ohne die Beteiligung privater Investoren realisierbar wäre. Wenn nicht, ist es eine Verschiebung von Schulden auf die nächste Generation und damit nicht genehmigungsfähig. Außerdem sollen die InvestorInnen verpflichtet werden, Unteraufträge an kleine und mittelständische Unternehmen aus der Region zu vergeben. Grundsätzlich ausschließen wollen wir ÖPP-Projekte, welche hoheitliche Aufgaben auf Private übertragen. Sollten unsere Änderungsvorschläge abgelehnt werden, stimmen wir gegen das neue Gesetz.



## Schutz des Eigentums vor der Natur?

Das schwarz-rote Naturschutzgesetz schadet der Zukunft Schleswig-Holsteins.

### Von Detlef Matthiessen

Eigentlich soll mit dem Landesnaturschutzgesetz (LNatSchG) die Natur geschützt werden, damit sie als Lebensgrundlage erhalten bleibt. Dieses Gesetz ist ein nachgeordnetes, das bedeutet, die Vorgaben des Bundesnaturschutzgesetzes müssen in Schleswig-Holstein umgesetzt werden.

Was soll da dieser Satz im Paragraf 1: „Privates Eigentum und die sich daraus ergebende Verantwortung sind eine besonders wichtige Voraussetzung zur Erreichung der [...] Ziele“ des Gesetzes?

Das Wesen eines Gesetzes zum Schutz der Natur liegt doch darin, die Natur vor den Interessen zu schützen, die durch die wirtschaftliche Nutzung von Flächen bestehen. In diesem sensiblen Spannungsfeld regelt das Gesetz, dass zur Erreichung der Schutzziele das Eigentum in seiner Nutzbarkeit beschränkt wird. Was soll also eine Formulierung, dass Eigentum als Solches die Ziele erfüllt? Das muss doch stutzig machen.

Daher haben wir den Wissenschaftlichen Dienst des Landtages um eine

Stellungnahme gebeten und sehen uns in unserer Skepsis bestätigt, in dem Gutachten heißt es: „Von den Regelungen des Rahmenrechts weicht die Klausel zur Bedeutung des Eigentums ab.“

Mit anderen Worten: Der schwarz-rote Entwurf des Gesetzes entspricht nicht den Regeln des Bundesgesetzes und ist damit rechtswidrig! Daran ändert der „Kompromiss“ im Koalitionsausschuss auch nichts, wenn es heißt: „Der Schutz der Natur [...] auf privaten Flächen berücksichtigt den besonderen Wert privaten Eigentums und der sich daraus ergebenden Verantwortung für die Erreichung der [...] Ziele.“

Das neue LNatSchG hält auch anderen selbst gesetzten Ansprüchen nicht stand. Zwar tönt die CDU: „Die Gesetzesnovelle soll einen wichtigen Beitrag zur Entbürokratisierung leisten. Das neue Gesetz soll nur noch mit 76 statt wie bisher 103 Paragraphen auskommen.“

In Wirklichkeit wird der Nutzer des Gesetzes durch die vielen Verweise auf das Bundesgesetz gezwungen, beide

Gesetze in die Hand zu nehmen, um sich orientieren zu können.

Wir sehen das bestehende, mit Grüner Hand geschriebene Gesetz nach wie vor als sehr gelungen an und wollen deshalb keine Anträge stellen, um den schwarz-roten Murks zu reparieren. Wir sehen keinen Novellierungsbedarf.

Auch wenn von der CDU behauptet wird, der Naturschutz würde mit dem neuen Gesetz besser funktionieren, steht die Natur und die Landschaft unseres schönen Landes eindeutig auf der Verliererseite des Gesetzes: Das Ziel, auf mindestens 15 Prozent der Landesfläche einen Vorrang für den Naturschutz zu begründen, ist schlicht weggefallen. Kleingewässer bleiben zwar geschütztes Biotop, werden aber weder kartiert, noch wird dem Besitzer mitgeteilt, dass er geschützte Flächen auf seinem Land hat. Damit steht der Schutz buchstäblich nur noch auf dem Papier. Knicks können in Zukunft leicht beseitigt werden. Das schwarz-rote Naturschutzgesetz schadet der Zukunft Schleswig-Holsteins. ●

# Schleswig-Holstein braucht Klima-Politik statt „Greenwashing“

Es muss endlich Schluss sein mit den Lippenbekenntnissen! Wir fordern von der Landesregierung

konkrete Maßnahmen für den Klimaschutz.

*Von Karl-Martin Hentschel*

Der neue Bericht des Internationalen Wissenschaftsrats zum Klimawandel (IPCC) und die Studie von Sir Nicholas Stern haben deutlich gemacht: Wir müssen schnell handeln.

Die Versorgung Europas mit regenerativen Energien ist ohne relevante Preissteigerungen möglich. Eine engagierte Klimapolitik führt zu Investitionen, schafft Arbeitsplätze und ist erheblich billiger als Nichtstun. Haupthindernis sind die Energiekonzerne, Autokonzerne, Mineralölkonzerne und alle damit verflochtenen Strukturen in Wirtschaft und Politik. In der Politik erlebt man noch überwiegend „green-washing“ anstelle von „Grün Handeln“.

Die Grüne Landtagsfraktion hat deshalb eine Klima-Debatte im Landtag auf die Tagesordnung gesetzt und zwei Anträge gestellt.

Darin fordern wir:

1. Ein realistisches Szenario, auf was sich Schleswig-Holstein einstellen muss.

2. Ein umfassendes Konzept für für alle relevanten Bereiche: Stromerzeugung, Wärmeversorgung, Verkehrspolitik, Bauen und Wohnen, Tourismus, Landwirtschaft, Küstenschutz, Naturschutz, Gesundheitspolitik, Forschung und Bildung.

3. Unterstützung einer engagierten Klimapolitik im Bundesrat.

4. Engagierte Umsetzung von Maßnahmen im eigenen Geschäftsbereich –

**Schleswig-Holstein muss zum „Green Valley“ werden – zum Standort von**

**Grüner Spitzentechnologie**

insbesondere in Bezug auf Fahrzeugbeschaffung, wärmetechnische Sanierung der Liegenschaften und Beschaffungswesen.

In Bezug auf die Politik der Landesregierung sehen wir folgende besonders kritische Punkte:

- Der Bau von Kohlekraftwerken ist Anti-Klimapolitik
- Das Gerede von Atomkraft lenkt von der Lösung der Probleme ab
- Es mangelt an Unterstützung der regenerativen Energien
- Die Verkehrspolitik der Landesregierung ist kontraproduktiv – Abkehr von einer engagierten Bahnpolitik – stattdessen Konzentration auf den Bau einer Autobahn, die niemand braucht
- Wir brauchen eine komplette Umstellung der Wohnungsbauförderung auf energie-sparende Bauweisen
- Bauvorschriften und Flächenplanung müssen auf höhere Windgeschwindigkeiten und höhere Wasser-spiegel eingestellt werden
- Wir fordern: Schluss mit einer ziellosen Wirtschaftsförderung und Technologie-politik: Rückkehr zu einer Konzentration auf strategische Cluster – insbesondere regenera-tive Energien und maritime Wirtschaft. ●



## Selbstbestimmt und geborgen leben

Jeder Mensch hat das Recht, selbstbestimmt und seinen Bedürfnissen entsprechend zu leben – auch in fremdbestimmten Lebenslagen. Menschen mit Pflegebedarf und Behinderungen haben das Recht auf individuelle und bedarfsgerechte Unterstützung. Das ist weder Geschenk noch Almosen. Wir wollen die Barrieren im Denken und in Gesetzen abbauen. Unsere Ziele sind eine individuelle Wohnberatung, ein individuelles Pflegemanagement, das persönliche Budget und die Bürgerversicherung sowie bedarfsdeckende Leistungen durch ein Landesheimgesetz. Wir planen Besuche vor Ort, Fachveranstaltungen, Publikationen, Filmangebote, eine Fotoausstellung und parlamentarische Initiativen. Ladet uns ein oder fragt direkt nach, dann stellen wir euch die Details vor.

**Angelika Birk**



photocase.de, Maren2006

*Menschen mit Pflegebedarf und Behinderungen haben das Recht auf individuelle und bedarfsgerechte Unterstützung*

## Künstlerinnengruppe „KEINE FRAGE“

**Kathrin Hoffmann** stellt in ihren Gemälden Freunde und Bekannte dar. Jedoch entstehen keine Porträts im herkömmlichen Sinne, denn der



Malerin geht es um eine psychische Annäherung an die Dargestellten. Den Ausgangspunkt ihrer Arbeit bilden eigene Fotografien. Sie wählt aus den vielen Aufnahmen diejenigen als Vorlagen für ihre Gemälde

aus, in denen ihr die Strukturen und Bildachsen besonders interessant erscheinen. Die malerische Umsetzung verändert und verdoppelt sie als fotografisches Material.

Anders **Katrin Pieczonka**. Ihre großflächige Malweise ist offener und zeigt das Prozesshafte ihrer Malerei. Sie interessiert sich weniger für den Raum, der den Menschen umgibt und zugleich distanziert, als vielmehr für die architektonische Umgebung. Nicht der spektakuläre, sondern der alltägliche Ort wird von ihr malerisch festgehalten. Es sind konkret benennbare Plätze oder Gebäude, die in irgendeiner Weise mit ihrer Biografie zu tun haben.



Die abstrakten Arbeiten von **Susanne Nothdurft**, die Malerei, Grafik und Installation umfassen, wirken in diesem Zusammenhang auf den ersten Blick fremd. Doch bei näherem

Hinsehen zeigt sich eine vergleichbare Fragestellung, die die



Wirkung von Farbe und Struktur im Raum nachgeht und den Betrachter bewusst einbindet. Die Wirkung der jeweiligen Farbfelder ist sorgfältig abgewogen. Meistens wird die gewünschte Spannung oder Korrespondenz der

Farben erst in vielen übereinander liegenden Schichten erzielt.

Die Werke sind bis zum 28. April 2007, Montag bis Freitag, 9:00 bis 18:00 Uhr im Landeshaus auf den Grünen Fraktionsfluren und im Raum 31 zu sehen. **B.A.**

## Ökolandbau

Die Nachfrage nach ökologisch erzeugten Lebensmitteln ist stark gestiegen. Die deutschen und vor allem auch die schleswig-holsteinischen BiobäuerInnen können diese Nachfrage immer weniger decken. Der Anteil der importierten Ökoprodukte nimmt beständig zu. Eine der Hauptursachen für diese Entwicklung ist die biofeindliche Landwirtschaftspolitik der Großen Koalitionen in Berlin und Kiel.

Carstensen und von Boetticher müssen endlich ihre ideologischen Scheuklappen ablegen und sich der Realität stellen. Statt mit der Gießkanne Subventionen auszuschütten, muss die Förderung in der Landwirtschaft an soziale, ökologische und Tierschutz-Kriterien gebunden werden.

**Detlef Matthiessen**